

Werbung



15.12.2025 • 87

Niedersachsen

AfD könnte von Kontrolle des Verfassungsschutzes ausgeschlossen werden – Landtag berät über entsprechendes Gesetz

Der niedersächsische Landtag berät über ein Gesetz, das die AfD von der Kontrolle des Verfassungsschutzes ausschließen könnte. Der Gesetzentwurf will ein „starkes Zeichen für eine wehrhafte Demokratie“ sein.



Marie Rahenbrock



Der Grünen-Politiker Volker Bajus unterstützt das Gesetzesvorhaben. (imago images/Michael Matthey)

Am Montag berät der niedersächsische Landtag über einen Gesetzentwurf, der dazu führen könnte, dass die AfD nicht mehr in einem Gremium zur Kontrolle des

Verfassungsschutzes vertreten ist. Denn der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, dass anstelle des bisherigen Ausschusses ein neues Parlamentarisches Kontrollgremium eingesetzt wird. In diesem Kontrollgremium werden die Mitglieder nicht mehr, wie bisher, von den Fraktionen entsandt, sondern vom Landtag „aus seiner Mitte“ gewählt, wie es im Gesetzentwurf heißt.

Nur, wer die Mehrheit der Stimmen bekommt, wird dann Mitglied im Kontrollgremium. Zu Beginn jeder Legislaturperiode soll auch die Anzahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums festgelegt werden. „Die Opposition muss bei der Zusammensetzung des Kontrollgremiums berücksichtigt werden“, heißt es im Entwurf zur Neufassung von Artikel 35 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes. Doch nicht nur das Gesetz, sondern auch die Verfassung selbst muss geändert werden.

Werbung

Eingebracht wurde der Antrag von den Fraktionen der aktuellen Regierungsparteien, der SPD und den Grünen, sowie von der Fraktion der Oppositionspartei CDU, also allen anderen Parteien des Landtags außer der AfD. Neben den vier Parteien ist ein Mitglied fraktionslos. Zurzeit ist die AfD durch ihren Fraktionsvorsitzenden Klaus Wichmann vertreten, wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtet. Er bezeichnet das Vorhaben als „ganz schlechtes Signal“ und nennt es laut der *dpa* „fatal“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Wiard Siebels, spricht davon, dass die Hürden für Mitglieder des neuen Kontrollgremiums bewusst erhöht wurden. Da die Mitglieder sensible Informationen erhalten, bräuchten sie das Vertrauen des Parlaments, so Volker Bajus, der Geschäftsführer der Grünen-Fraktion. Wenn ein vorgeschlagener Kandidat keine Mehrheit bekommt, kann die Fraktion einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

In dem Gesetzentwurf berufen sich die drei Fraktionen auf eine veränderte Sicherheitslage. Das Gesetz solle „ein starkes Zeichen für eine wehrhafte Demokratie und einen handlungsfähigen Rechtsstaat“ sein. CDU, Grüne und SPD schreiben in der

Begründung, dass die „extremistischen Bestrebungen im Inland“ zunehmen.
Außerdem gebe es durch autoritäre Regime eine Bedrohung von außen, zum Beispiel durch Desinformation oder Propaganda.

Teilen:   

Zu den Kommentaren (87) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Google Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) 

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) 

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...

87 Kommentare

Relevanz ▾

Julie 15.12.2025 um 12:43 Uhr 

AUSSCHLIESSEN, um „ein Zeichen für die wehrhafte Demokratie zu setzen“! Würde jetzt ein Kind fragen: „was ist Demokratie?“ würde man ganz schön in Erklärungsnot kommen!

 128  Antworten

ropow 15.12.2025 um 12:54 Uhr 

Na ja, diejenigen, gegen die der weisungsgebundene Verfassungsschutz eingesetzt wird, sollen diese Vorgänge keinesfalls kontrollieren können.

Unseredemokratie erklärt sich damit eigentlich von selbst..

 55  Antworten

Sascha 15.12.2025 um 15:56 Uhr 

Ich würde es einem Kind so erklären: Also, da sagt einer der meint dass er sehr wichtig ist und alles besser weiß als andere, einem anderen der meint dass er